



Presseerklärung Hamburg / Münster 10.2.2010

Bundesregierung beantragt: Weiter so mit dem Afghanistan-Krieg! GRÜNE sollen endlich Opposition gegen Krieg machen!

Zum von der Bundesregierung vorgelegten Antrag auf Ausweitung des Afghanistan-Krieges erklärt die Grüne Friedensinitiative (GFI):

Wie angekündigt hat die Bundesregierung dem Bundestag jetzt einen Antrag auf Aufstockung des Bundeswehrkontingents für den Afghanistan-Krieg vorgelegt. Dieses soll um 850 auf insgesamt 5.350 wachsen – eine Steigerung von fast 20%. Parallel wird die Anzahl der westlichen Truppen von jetzt 110.000 auf 150.000 erhöht. Auch in den letzten Jahren stockte die NATO die Truppen immer weiter auf. Entsprechend stiegen die Opferzahlen massiv an.

Unverändert und unverdrossen setzt die Bundesregierung diesen Afghanistan-Kurs der letzten Jahre fort. „Mehr zivile Hilfe“, „Schutz der Zivilbevölkerung“, „Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte“ oder „Unterstützung der afghanischen Regierung“ fehlt seit Jahren in keinem Afghanistan-Beschluss. Uli Cremer von der GFI: „Man muss nicht auf jede PR-Nummer hereinfliegen. Die deutsche Afghanistanpolitik hat sich auch 2010 nicht geändert.“

Während die US-Regierung noch behauptet, 2011 mit dem Abzug beginnen zu wollen, ist im Antrag der Bundesregierung davon nicht die Rede. Der Krieg soll offenbar fortgesetzt werden, bis er gewonnen ist. Im 1. Weltkrieg nannte man das „Siegfrieden“.

Auch die von Regierungsmitgliedern öffentlich besonders gern verbreiteten Geschichten über die „Aufstockung der zivilen Hilfe“ kommen im Antrag nicht vor. Hier gibt es nur völlig unverbindliche Absichtserklärungen.

Wenn der Bundestag dem Antrag folgt, votiert er für die Ausweitung und Intensivierung des Afghanistan-Krieges. Gerade im Haupteinsatzgebiet der Bundeswehr, im Nordafghanistan, werden 2010 die Kämpfe zunehmen, da immer mehr Nachschub für die westlichen Truppen via Russland über dieses Gebiet läuft. Deswegen werden auch 5.000 US-Soldaten in diese militärstrategisch wichtige Region geschickt.

Die Fortsetzung des Afghanistan-Krieges ist verantwortungslos. Gefragt ist immer dringender Opposition gegen den Afghanistan-Krieg. Der kurzfristige Abzug der NATO sowie der anderen westlichen Truppen aus Afghanistan ist friedenspolitisch alternativlos und organisatorisch machbar.

Uli Cremer von der GFI: „Die richtige politische Entscheidung wäre jetzt, sofort mit dem Truppenabzug zu beginnen, so dass der letzte NATO-Soldat Weihnachten 2010 Afghanistan verlassen hat. Das wäre die friedenspolitische Agenda 2010. Dabei sollte Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen. Der entsprechende politische Wille der Bundesregierung und der Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestags liegt leider bisher nicht vor.“

Wir erwarten von den GRÜNEN Abgeordneten, dass sie die beantragte Erweiterung des Bundeswehr-Einsatzes in den Ausschüssen und später im Bundestagsplenum ablehnen – so wie der Parteitagsbeschluss von Oktober 2009.

Wir fordern alle GRÜNEN Parteimitglieder und insbesondere die Bundestagsabgeordneten auf: Beteiligt Euch an der Demonstration der Friedensbewegung am 20. Februar in Berlin!

Hamburg / Münster 10.02.2010

Kontakt:

Uli Cremer 0160 / 81 21 622 - cremer@gruene-friedensinitiative.de

Wilhelm Achelpöehler 0171 / 17 17 392 - achelpoehler@gruene-friedensinitiative.de

Die GFI sammelt zur Zeit UnterzeichnerInnen unter den Aufruf „Nein zur Ausweitung des Afghanistan-Kriegs!“.

→ Text und aktueller Unterzeichnerstand: www.gruene-friedensinitiative.de